

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 2

Artikel: Probleme der Geistesfreiheit in Polen
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077032>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Probleme der Geistesfreiheit in Polen

Der tausendste Jahrestag der Christianisierung Polens und das zehnte Jahr nach der unblutigen Revolution des «polnischen Oktobers» brachte dem nach der UdSSR grössten osteuropäischen Land keine günstigen Zeiten. Das Jahr 1966 stand im Zeichen eines erbitterten geistigen Kampfes, wie es Polen seit langem nicht mehr erlebt hatte.

Kirche ...

Die dramatische Zuspitzung der Gegensätze war besonders auf zwei Fronten bemerkbar. Vor allem verschlechterte sich das psychologische Klima in dem seit Dezember 1965 schwebenden Konflikt zwischen Regime und Kirche. Ende Mai kam es in Danzig zu einem Ausbruch der angestauten Leidenschaften. Im Zusammenhang mit dem Brief des polnischen Episkopates an die deutschen Bischöfe wurden die antikirchlichen Plakate mit der Aufschrift «Wir vergeben nicht – wir vergessen nicht» nach einer Predigt Kardinal Wyszynskis von mehr als tausend jungen Polen abgerissen.

Am 4. Juni erhielt der Kardinal von den Behörden einen Brief, in dem er darauf aufmerksam gemacht wurde, dass bestimmte Formen der kirchlichen Millenniumsfeiern unter Umständen den staatlichen Gesetzen zuwiderlaufen könnten. Vor allem erfolgten einige Störmanöver der Polizei gegen den Transport einer Nachbildung der «Schwarzen Madonna» von Tschenschow nach Warschau. Auf diesem Weg wurde am 21. Juni

sogar der Kardinal aufgehalten und für einige Stunden festgehalten. Es war daher nicht überraschend, dass die polnische Hauptstadt Ende Juni einige ernstere Zwischenfälle erlebte. Am Abend des 26. Juni versuchten beispielsweise rund 1000 Katholiken sogar einen Protestmarsch zum Hauptquartier der polnischen KP.

Die Regierung versuchte zunächst, das polnische Episkopat zu spalten und den «toleranten» Erzbischof Kominek dem «intoleranten» Kardinal Wyszynski gegenüberzustellen. Kominek wies erwartungsgemäss die angeblichen Gegensätze zwischen ihm und Wyszynski scharf zurück. An Schikanen gegen die kirchlichen Millenniumsfeiern fehlte es auch später nicht. Die Warschauer Pilger, die sich zu einem achttägigen Marsch zum Fest Mariä Himmelfahrt nach Tschenschow sammelten, mussten spezielle Ausweise und Gesundheitszeugnisse der regionalen Behörden besitzen, durch deren Gebiet sie ziehen wollten. In Tschenschow forderte der Kardinal die Gläubigen auf, dafür zu beten, dass Warschau eine Stadt werde, in der nicht durch Uebermacht und Gewalt regiert werde, sondern durch Liebe. Und in Anspielung auf den Konflikt mit der Regierung stellte er fest, wenn es keinen Frieden im Innern gebe, dann gebe es auch keinen Frieden nach aussen. In dem Dorf Gross-Stein sagte er, dass Menschen mit beschränktem Geist die Völker teilten, grosse Geister sie aber vereinigten.

Ende 1966 schienen die Spannungen zwischen Kirche und Staat nachzulassen, bis plötzlich die Regierung mit der Schliessung von sechs katholischen Priesterseminaren drohte. Im November hatten die Leiter dieser Seminare ein Schreiben der staatlichen Behörden erhalten, in dem die Rektoren beschuldigt wurden, die administrativen Regeln zur Kontrolle des Unterrichts nicht einzuhalten. In einer weiteren Mitteilung Anfang Dezember sollen die Behörden die Entlassung der Rektoren gefordert haben; andernfalls werde man Massnahmen zur Schliessung des Seminars treffen müssen. Die Kontrolle des Unterrichts in den Seminaren ist eigentlich schon seit Jahren eine Quelle des Streites zwischen kirchlichen und staatlichen Stellen. Bischof Choromanski, der Sekretär des polnischen Episkopats, hat etwa in einem Schreiben an die Behörden jede Kontrolle des Unterrichts in den Seminaren mit dem Hinweis auf die Trennung von Kirche und Staat prinzipiell abgelehnt. Durch die angedrohte Schliessung der sechs Seminare wollen die Behörden wohl ihre Macht demonstrieren.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung, sicher die schärfste seit 1956, ist wahrscheinlich nur ein Vorspiel zum Versuch einer totalen Entmachtung der Kirche in Polen, wie sie in den anderen

Ein offener Brief an die Partei

Von Jacek Kuron und Karel Modzelewski

«Wem gehört die Macht in unserem Staat? Nur eine Partei hat das Monopol — die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei. Alle wesentlichen Beschlüsse werden zuerst von der Partei gefasst und erst später von den offiziellen Organen der Staatsmacht bestätigt. Kein einziger Beschluss kann ohne Billigung der Parteibehörden gefasst und verwirklicht werden. Die Masse der Partei kann wenig Einfluss auf die Entscheidungen nehmen. Sie ist atomisiert und machtlos. Wie in jedem hierarchisch gegliederten Apparat ist eine Elite für die Entscheidungen zuständig. In unserem System ist die Parteielite gleichzeitig die Machtelite. Da sie allein über den Staat verfügt, disponiert sie mit allen staatlichen Produktionsmitteln über das Ausmass der Akkumulation und Konsumtion und über die Richtung der Investitionspolitik. Die Beschlüsse der Elite sind eigenmächtig. Sie werden weder von der Arbeiterklasse noch von anderen sozialen Schichten kontrolliert. Die Bürokratie entscheidet allein über die Wirtschaftspolitik. Sie beraubt die Arbeiterklasse nicht nur ihres Teilnahmerechtes an der Politik und der Kontrolle, sondern sogar ihrer Selbstverteidigung. Die Führer der Bürokratie bezeichnen sich als Träger der Interessen der Arbeiterklasse.

In allen sogenannten sozialistischen Ländern müsste an die Stelle der heutigen Systeme die Arbeiterdemokratie treten. Da der Arbeiter seine Tätigkeit primär in der Fabrik ausübt, muss sie in erster Linie im Betrieb verwirklicht werden. Ein System der Arbeiterselbstverwaltung durch unabhängige Arbeiterräte soll sich über das ganze Land erstrecken. Diese unabhängigen Arbeiterräte sollen zum wichtigsten politischen Machtfaktor werden und auf allen Ebenen die Grundlage der Staatsmacht bilden. Die Arbeiterklasse soll nach dem Prinzip des Mehrparteiensystems organisiert werden. Die Freiheit des Wortes, die Presse- und Versammlungsfreiheit sollen unbeschränkt bleiben. Die Zensur sowie die politische Polizei als Institution für innere Angelegenheiten sollen abgeschafft werden. Die Arbeiterklasse muss das Recht erhalten, unmittelbar auf die Wirtschaftspolitik Einfluss zu nehmen und sich gegen den Staat zu verteidigen.»



«Christus-Flucht» nennt die Monatszeitschrift «Polen» (Warschau) dieses Bild mit einem Werk von Antoni Rzasa.

volksdemokratischen Staaten bereits Tatsache ist. Die Isolierung des Kardinal Wyszynski ist aber selbst für Gomulka und seine Partei eine Aufgabe, die nicht leicht zu lösen ist. Wie schon immer in der polnischen Geschichte, war auch vor 10 Jahren die Kirche die gewaltigste Helferin einer nationalen Politik, deren Erfolg selbst Gomulka aus dem Gefängnis seiner eigenen Parteigenossen befreit und zum Ruder des Staates geholfen hatte.

Die andere krisenhafte Situation, die heute Polens Geistesleben lähmt, hängt ebenfalls mit den Ereignissen des «polnischen Oktobers» vor zehn



Dr. Leszek Kolakowski wurde im Oktober 1966 aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er öffentlich gesagt hatte, es bestehe kein Grund, den Jahrestag des «polnischen Oktobers» 1956 zu feiern, da es in Polen noch immer keine echte demokratische Freiheit gebe. Seine philosophischen Werke waren schon zuvor von den Parteitheoretikern beanstandet worden. Sein Ausschluss führte zu Protesten aus Warschauer intellektuellen Kreisen.

Jahren zusammen. Die von Gomulka 1956 unter dem Druck der Ereignisse zugestandenen Teilfreiheiten wurden im Laufe der vergangenen zehn Jahre weitgehend zurückgenommen.

... und Intellektuelle

Der Abbau der Reste der geistigen Freiheit und das Ueberhandnehmen der stalinistischen Restauration rief selbst unter den kommunistischen Intellektuellen grosses Unbehagen hervor. Sie begannen zu sehen, wie sehr sich Ideologie und Praxis in der Wirklichkeit unterscheiden. Vor allem wurde Adam Schaff, der namhafteste polnische marxistische Philosoph, von Stalinisten in- und ausländischer Herkunft immer heftiger angegriffen, und auch die mutige Zeitschrift der jungen Generation, «Po Prostu», wurde zum Schweigen gebracht. Diese Entwicklung veranlasste die jungen polnischen kommunistischen Oekonomen Karel Modzelewski und Jacek Kuron, sich in einem offenen Brief an die Partei zu wenden und die gegenwärtige Situation des Landes unter Kritik zu ziehen sowie eine konsequente Demokratisierung des politischen Lebens zu verlangen. Gomulka antwortete mit der Polizei. Er liess die beiden Autoren im März 1965 verhaften und im August zu dreijährigen

Freiheitsstrafen verurteilen. Der Brief von Modzelewski und Kuron — dessen interessanteste Stellen wir hier veröffentlichen — enthält dieselben Gedankenzüge, wie die diesbezüglichen Schriften Mihajlows in Jugoslawien, Professor Havemanns in Ostdeutschland, Derys und Hays in Ungarn oder Svitaks in der Tschechoslowakei.

Modzelewski und Kuron standen nicht allein. Die junge Generation und eine Reihe namhafter polnischer Schriftsteller, wie January Grzedinski, Stanislav Cat-Matkiewicz und Cezary Ketling-Szemley, haben sich für die Liberalisierung der Kulturpolitik ausgesprochen. Als einer der mutigsten Gegner der Restalinisierung gilt in seiner Heimat der auch im Westen bekannte polnische marxistische Philosoph Leszek Kolakowski, Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie an der Universität zu Warschau. Er wurde bereits 1957 von Gomulka als ein «gefährlicher Revisionist» bezeichnet. Im Dezember 1965, auf dem Krakauer Schriftstellerkongress, beklagte er die «Zonen des Schweigens», die den polnischen Schriftstellern von den Parteizensoren aufgezwungen wurden. Zwei von seinen Werken wurden verboten. Kolakowski kritisierte auch das während der Stalinzeit eingeführte Strafrecht, und er weigerte sich, die polnischen Bischöfe wegen ihres Briefes an den deutschen Episkopat anzugreifen. Am 21. Oktober 1966 sprach er vor Studenten der Warschauer Universität über die nach zehn Jahren zu ziehende Bilanz des «polnischen Oktober». Es gebe keinen Grund, so sagte er, den Jahrestag des Oktobers 1956 zu feiern, da sich die damaligen Hoffnungen nicht erfüllt hätten. Die politischen Freiheiten seien noch immer äusserst beschränkt, und solche Verhältnisse seien das Werk einer herrschenden Gruppe, die man als unfähig bezeichnen müsse. Die Meinung Kolakowskis wurde von der Mehrheit der Anwesenden geteilt. Als Nachspiel zu dieser Versammlung wurde Kolakowski aus der KP Polens ausgeschlossen, und gegen 14 Studenten wurden Disziplinarverfahren eingeleitet. Die scharfen Massnahmen schienen auf die Intellektuellen wenig Eindruck gemacht zu haben. Der polnische Schriftsteller Kazimierz Brandys sandte aus Protest gegen den Ausschluss Kolakowskis dem Zentralkomitee der KP Polens sein Parteibuch zurück.

Mit nachdrücklicher Strenge reagierte die Partei auf diese Stimmen, die ungeduldig die Frage nach der Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Polen gestellt haben. Im Januar dieses Jahres hat in einem Artikel zum bevorstehenden 25. Jahrestag der polnischen KP das Mitglied des Politbüros Loga-Sovinski — ein Vertrauter Gomulkas — den «Kampf gegen feindliche ideologische politische Ansichten» erklärt. Angesichts der «imperialistischen Kräfte in der Welt und der antisozialistischen Elemente im Lande selbst», daure der Kampf um den Sieg des sozialistischen Bewusstseins der Nation weiter an. «Dieser Kampf», fügte er hinzu, «kann gelegentlich scharfe Formen annehmen».

Die Ereignisse in Polen weisen auf die Tatsache hin, dass die grundsätzlichen Menschenrechte in Osteuropa nach wie vor in engen Schranken gehalten sind und selbst kommunistische Intellektuelle in Kenntnis der schweren Folgen ihrer Schritte gegen diese Erniedrigung des menschlichen Geistes sich zum Protest gezwungen sehen.

Michael Csizmas

Die Antwort

(Fortsetzung von Seite 4)

glauben Nationalisten und etliche verängstigte Leute, die den Angriff für die beste Verteidigung halten. Nicht viele Businessmänner sind als solche für den Krieg, da sie einsehen, dass die Regierungskontrolle über die Industrie mit der Dauer des Krieges immer strikter wird. Der Hauptteil der 52 Prozent, die Mitte Juli weder für Rückzug noch für durchgreifenden Krieg waren und die Politik eines limitierten Krieges billigten, bestand aus Dutzenden von Millionen Amerikanern, die nicht weniger intelligent, informiert, ehrlich und verantwortlich sind als ihre Opponenten; sie sehen im «Kommunismus» die Hauptdrohung entweder für die Demokratie (als amerikanischen oder universellen Wert) oder beides...

In Ihrem Aufruf zählen Sie amerikanische Kriegsverbrechen auf. Die Amerikaner wissen, was vor sich geht und haben das nötige Schuldgefühl, um der Grausamkeit Einhalt zu gebieten, wenn sie nicht länger durch Druck von aussen aufgezwungen wird. Auf der andern Seite gibt es kein Schuldgefühl. Stalinisten, Dogmatiker und ihre fellow travellers sind stolz auf ihre Grausamkeit. Ich habe noch keinen Stalinisten oder Dogmatiker getroffen, der Schuldgefühle bezüglich der Dutzenden von Millionen gehabt hätte, die in Konzentrationslagern infolge von Kollektivierung, Kommunen oder «grossen Sprüngen» umgekommen sind, bezüglich der Millionen, die in den von Stalin oder Mao in den vierziger Jahren besetzten Gebieten getötet wurden. Gleichermassen fehlen die Schuldgefühle bezüglich der Zehntausende, die 1945/46 sowie 1954/55 vom Viet Minh und dann wieder in den sechs Jahren vor dem bewaffneten Masseneingreifen der Amerikaner vom Vietcong umgebracht wurden. Es ist Zeit, diese Heuchelei aufzugeben, Tränen über die Opfer des Gegners zu vergiessen und sich gleichzeitig an den Massakern zu freuen, die von den Freunden gemacht werden. Vor zehn Jahren beklagte Chruschtschew die Ermordung von Kommunisten durch Stalin: Ueber die Millionen von Nichtkommunisten, die während der Ära Stalin in der Sowjetunion und den eroberten Gebieten umgebracht wurden, verlor er kein Wort...

Es wird im Aufruf empfohlen, die Amerikaner sollten daheim bleiben. Aber die Amerikaner tun heute das, was die Amerikaner seit 1940 getan haben, als sie von verbalen Erklärungen zu Taten übergangen. Mit dem Abkommen über Zerstörer-Stützpunkte begannen sie damals die Politik der Eindämmung des Totalitarismus. Zuerst war es der hitlerische Totalitarismus, dann der stalinistische, jetzt der dogmatische. Die Amerikaner tun in Vietnam das, was sie 1944 in Frankreich taten, was die Briten 1808—1813 in Spanien gegen den napoleonischen Despotismus taten, was die Franzosen 1778—1781 in Nordamerika taten, was die Holländer (glücklicherweise für die Sache der Freiheit, die auch die Sache des Fortschritts ist) 1688—1689 in England taten...

Eine Diskussion über Interpretationen, über Richtiges und Falsches in Ihrem Aufruf und einer Unzahl von Erklärungen ist zur Klärung persönlicher Stellungnahmen notwendig. Es ist natürlich tragisch, dass die Diskussion nur in einigen wenigen Nationen möglich ist. ■